

Gert Lindemann: „Ein gutes Jahr für die Landwirtschaft“

Staatssekretär referierte auf Einladung des CDU-Landesverbandes in Thüle – Zweistündige Rede und Diskussion

Thüle (kr) – Der Staatssekretär des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Gert Lindemann, referierte auf Einladung des CDU-Landesverbandes Oldenburg im Saal Sieger in Thüle über das Thema „Europäische Agrarprojekte und ihre Umsetzung in Deutschland“. Lindemann ist in Thüle kein Unbekannter, war er doch als Staatssekretär des Landes Niedersachsen persönlicher Referent des verstorbenen niedersächsischen Landwirtschaftsministers Gerd Glup.

Der Landtagsabgeordnete Clemens gr. Macke konnte unter anderem den Europaparlamentarier Professor Dr. Hans-Peter Mayer, Bundestagsmitglied Franz-Josef Holzenkamp sowie Vertreter verschiedener land-

wirtschaftlicher Organisationen begrüßen. Mayer machte bei seinem Grußwort klar, dass in Agrarfragen nicht das EU-Parlament, sondern der Agrarrat entscheide.

Lindemann sprach von einem „guten Jahr für die Landwirtschaft“, wenn man von den Schweinepreisen absehe. Deutlich machte er, dass die zum Teil in die Kritik geratene Politik von nachwachsenden Rohstoffen zur Energiegewinnung von der Bundesregierung nicht geändert werde.

Erstes Thema der Europäischen Agrarpolitik war das Geld. Lindemann betonte, dass Gelder nach den Agrarleitlinien nicht für die Dritte Welt eingesetzt werden könnten, wie von einigen Ländern gefordert, Deutschland wehre sich dagegen. Auch



Unterstützt wurde der Staatssekretär Gert Lindemann (stehend) von Clemens gr. Macke (von links), Professor Dr. Hans-Peter Mayer und Franz-Josef Holzenkamp. Foto: kr

andere Vorschläge seien für die Bundesrepublik unrealistisch, das Geld sei für die Landwirtschaft und müsse auch hier ein-

gesetzt werden. In welcher Form die „übrig“ gebliebene eine Milliarde Euro den Landwirten zugute kommen soll, stünde noch

nicht fest. Für die 2003 beschlossene Agrarordnung seien zwar Feinkorrekturen möglich und notwendig, aber grundsätzliche Entscheidungen dürften bis 2013 nicht in Frage gestellt werden.

Mit den Direktzahlungen an die Landwirte nach Hektarbesitz habe man gute Erfahrungen gemacht, das sei „europatauglich“. Wenn allerdings dieses System für ganz Europa gelten werde, müsste mit einer Verminderung gerechnet werden. Die Flächenstilllegungsprämie soll abgeschafft werden, so der Staatssekretär. Bei der Marktstützung soll es auch Veränderungen geben, aber Interventionsmöglichkeiten bei größeren Marktschwankungen müssten erhalten bleiben, seien die Forderung der deutschen Politik.